

Peter Lindner  
Stefan Ouma  
Max Klöppinger  
Marc Boeckler

# Industriestudie Frankfurt am Main 2013



# Kurzzusammenfassung

Die öffentliche Wahrnehmung der Industrie hat sich in den letzten Jahren stark geändert. Endogene Umbrüche wie der Trend zur Industrie 4.0, zur vernetzten Produktion, zum *Urban Manufacturing* oder zur fortschreitenden Verschmelzung mit dem Dienstleistungssektor haben dazu ebenso beigetragen wie die globale Finanzkrise, in deren Folge die gesamtökonomische Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes unübersehbar wurde. Parallel dazu wandelt sich das Bild der alltäglichen Praxis industrieller Arbeit. Digitale Arbeitsumgebungen, Software-Programmierung, Forschung und Entwicklung, die kreative Suche nach Einzelfalllösungen im Schnittfeld zwischen *High-Tech* und Handwerk sowie die Arbeit am Produktdesign rücken mehr und mehr in den Vordergrund. Für eine Neujustierung der Industriepolitik auch auf der kommunalen Ebene stellen diese Veränderungen eine Herausforderung, zugleich aber auch ein *Window of Opportunity* dar.

Die vorliegende Studie möchte dafür die Voraussetzungen schaffen. Sie basiert auf einer Kombination qualitativer und quantitativer Erhebungsverfahren sowie einer modularen Vorgehensweise, die es erlaubt, die thematischen Schwerpunkte kontinuierlich den Auswertungsergebnissen der jeweils vorhergehenden Arbeitsschritte anzupassen. Insgesamt konnten die Arbeitsstätten von 90% aller Beschäftigten des Frankfurter verarbeitenden Gewerbes erfasst und die Unternehmen zu mehr als 200 Standortfaktoren und Betriebsmerkmalen befragt werden. Besonderer Wert wurde bei der Analyse auf die Position der Frankfurter Industrie in transregionalen Netzwerken und globalen Wertschöpfungsketten gelegt.

## BESTANDSAUFNAHME

Im verarbeitenden Gewerbe sind in Frankfurt heute etwa 30 000 Personen oder 6% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig. Nach einem lang anhaltenden Schrumpfungsprozess, der stärker war als in

den meisten anderen deutschen Großstädten, zeichnet sich seit 2008 allerdings eine Stabilisierung der Betriebszahlen ab. Der Anteil an der städtischen Bruttowertschöpfung blieb trotz des Rückgangs der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen in den letzten 15 Jahren weitgehend konstant bei 12% und ist das Ergebnis einer stark gestiegenen Produktivität, die im Vergleich mit anderen Großstädten nur von München übertroffen wird.

Der Sektor ist kleinbetrieblich dominiert und zeichnet sich durch eine stark asymmetrische Größenverteilung aus. Nur 81 Unternehmen bzw. 10% aller Betriebe beschäftigen mehr als 100 Personen, auf diese Unternehmen entfallen aber drei Viertel aller Erwerbstätigen. Insgesamt 146 Unternehmen beschäftigen mehr als 20 Personen.

Das Branchenspektrum der Frankfurter Industrie ist ausgesprochen breit. Schwerpunkte bestehen in der chemischen Industrie, im Fahrzeugbau, in der Herstellung elektronischer Geräte sowie im Nahrungsmittelgewerbe. Von einem lokalen Cluster kann allerdings nur im Fall der chemischen und pharmazeutischen Industrie gesprochen werden, welche auch die größten Umsätze und zusammen mit der Elektroindustrie sowie dem metallverarbeitenden Gewerbe die höchsten Exportquoten aufweist.

Aufgrund der engen Verflechtung mit dem Dienstleistungssektor ist die regionalökonomische Bedeutung der Industrie größer, als es die Beschäftigten- und Betriebszahlen erwarten lassen. Für den Haushalt der Stadt Frankfurt spielt die Industrie mit über einem Drittel des gesamten Gewerbesteueraufkommens eine besonders wichtige Rolle.

## STÄRKEN-SCHWÄCHEN-ANALYSE

Im Rahmen der persönlich-schriftlichen Befragung konnten die Unternehmen Standortfaktoren aus sechs Themenfeldern bewerten: Arbeitsmarkt/Beschäftigung, Stadtverwaltung/rechtliche Rahmenbedingungen, Wissenschaft/Forschung, Akzeptanz/Wertschätzung, Unternehmensbeziehungen/Vernetzung und Gewerbeflächen/Infrastruktur. Keines dieser sechs Themenfelder schneidet in Gänze positiv oder negativ ab. Vielmehr wird stark zwischen einzelnen Faktoren innerhalb der Felder differenziert.

Insgesamt erhält Frankfurt als Standort für das verarbeitende Gewerbe auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 5 (sehr zufrieden) die Bewertung 3,5; über eine Abwanderung denken nur sehr wenige Unternehmen nach. Neben der hervorragenden Logistikinfrastuktur werden die Stärken vor allem in dem sehr guten Angebot an unternehmensnahen Dienstleistungen, der Reputation als dynamisch wachsende Wirtschaftsmetropole sowie in Weiterbildungsmöglichkei-

ten, dem Angebot an Hochschulabsolventen und den Kontakten der Unternehmen untereinander gesehen.

Das primäre Anliegen der Unternehmen ist es, integraler Bestandteil der wirtschaftspolitischen Entwicklungsstrategie Frankfurts zu werden und die eigenen Interessen im direkten Kontakt mit Kommunalpolitikern und der Stadtverwaltung einbringen zu können. Diese Strategie hat nach Ansicht der Befragten so unterschiedliche Politikbereiche wie die Beschäftigungspolitik, die Sozialpolitik und die Planungspolitik mit einzubeziehen. Die Attraktivität der Stadt als Industriestandort hängt demzufolge stark von der Gewerbesteuer, der Identität als Industriestadt sowie der Vernetzung des verarbeitenden Gewerbes mit Politik und Behörden ab. Aber auch der Arbeitsmarkt muss hohe Priorität erhalten. Neben dem Angebot an Lehrstellenbewerbern und Facharbeitern schließt dies die Versorgung mit erschwinglichem Wohnraum und Kindertagesstätten wie auch Wohnumfeldfaktoren im weitesten Sinn mit ein. Im Bereich der Stadtplanung müssen aus Sicht der Befragten Transparenz, Kommunikation, Partizipation und die Dauer von Genehmigungsverfahren verbessert oder besser vermittelt werden.

Um zu industriepolitisch umsetzbaren Ergebnissen zu kommen, wurde in der vorliegenden Studie von der Relevanz eines Standortfaktors aus Sicht der befragten Betriebe und deren Zufriedenheit mit diesem Faktor ein Indikator für den konkreten Handlungsbedarf abgeleitet. Der Blick ins Detail zeigt, dass der höchste Handlungsbedarf – in absteigender Reihenfolge – bei der Gewerbesteuer, der Wertschätzung durch die Kommunalpolitik, der Dauer von Genehmigungsverfahren, dem Angebot an Facharbeitern sowie dem Wohnraumangebot gesehen wird. Es folgen das Angebot an Lehrstellenbewerbern, die Transparenz von Zuständigkeiten, der regelmäßige Austausch mit Vertretern der Kommunalpolitik und die Beteiligung an Planungsprozessen.

Insgesamt besteht zwischen der Wichtigkeit einzelner Standortfaktoren und dem Handlungsbedarf zwar eine hohe Korrelation, aber in einigen Fällen treten deutliche Abweichungen auf. So werden das Wohnraumangebot, der Austausch mit Vertretern der Politik und die Beteiligung an Planungsprozessen nicht als besonders wichtig angesehen; aufgrund der hohen Unzufriedenheit ergibt sich aber dennoch ein hoher Handlungsbedarf. Ein besonderes Beispiel stellt diesbezüglich die Gewerbesteuer dar: Sie wird in Bezug auf die Wichtigkeit nur auf Rang 5, von der Teilgruppe der großen Unternehmen sogar nur auf Rang 11 platziert, nimmt beim Handlungsbedarf aber Rang 1 ein, da die Unzufriedenheit sehr groß ist. Bei Faktoren wie dem Außenimage der Stadt als Wirtschaftsstandort und der Zusammenarbeit mit Hochschulen gilt das Gegenteil: Sie werden als relativ wichtig angesehen, wenngleich sich wegen der vergleichsweise hohen Zufriedenheit kein vorrangiger Handlungsbedarf ergibt.

Die Durchschnittswerte des Gesamtsamples sind nur bedingt aussagekräftig. Die wichtigste Differenzierungslinie besteht zwischen kleinen und großen Betrieben – in der vorliegenden Studie wurden 10 Beschäftigte als Schwellenwert verwendet – und ergibt sich teilweise daraus, dass kleine Betriebe häufiger in Mischgebieten angesiedelt sind. Die Gewerbesteuer wird zwar von beiden Gruppen kritisiert, aber Faktoren, die mit der industriellen Identität der Stadt Frankfurt, der Präsenz der Industrie in der Öffentlichkeit sowie rechtlichen Regelungen und Planungsprozessen zu tun haben, spielen für große Betriebe eine deutlich wichtigere Rolle. Kleinere Betriebe sind insgesamt mit dem Standort Frankfurt zufriedener, sie vermissen jedoch besonders die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowie ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Facharbeitern und bemängeln genau wie die großen Unternehmen die Dauer von Genehmigungsverfahren.

In einem weiteren Differenzierungsschritt wurden sechs Typen von Betrieben unterschieden, die als Adressaten für eine kommunale Industriepolitik besonders relevant sind: Betriebe, die über eine Abwanderung nachdenken; Betriebe, die sich an ihrem derzeitigen Standort Flächen- und Nutzungskonkurrenz ausgesetzt sehen; Betriebe, die besonders erfolgreich sind; Betriebe, die eine erhöhte Bereitschaft zur ökologischen Modernisierung zeigen; Betriebe, die stärker als andere Unternehmen Dienstleistungen in ihr Angebot integrieren; Betriebe, die besonders wissensintensiv produzieren. Die Analyse der Standortansprüche dieser Betriebs-typen zeigt beides: hohe Überschneidungen bei einigen zentralen Standortfaktoren, aber auch stark gruppenspezifische Bedürfnisse. So fordern beispielsweise Betriebe, die Umfeldkonflikten ausgesetzt sind, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit für die Industrie sowie Klarheit über rechtliche Regelungen und behördliche Verfahrensweisen, während sich in den Forderungen der erfolgreichen Unternehmen in erster Linie der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte niederschlägt. Ökologische Modernisierer legen Wert darauf, nicht einfach mit Neuregelungen konfrontiert, sondern frühzeitig in Planungsprozesse eingebunden zu werden und

ihre Vorstellungen im Austausch mit der Politik einbringen zu können. Betriebe, die zunehmend auch Dienstleistungen anbieten, erweitern ihre angestammten Geschäftsfelder und legen dementsprechend besonderen Wert auf gute Vernetzung mit anderen Unternehmen, während für wissensorientiert produzierende Industrieunternehmen das Angebot an Facharbeitern und unternehmensnahen Dienstleistungen sehr wichtig ist.

Eine Differenzierung nach Branchen musste sich aufgrund der geringen Fallzahlen auf die drei Branchenaggregate Chemie/Pharma, Nahrungsmittelgewerbe und Metall-/Elektroindustrie/Fahrzeugbau beschränken. Diese sind nicht nur intern sehr heterogen, sondern unterscheiden sich auch im Hinblick auf Betriebsgrößen oder dominierende Marktbeziehungen (lokal, regional, global), weshalb unterschiedliche Standortbewertungen nicht nur auf die Branchenzugehörigkeit zurückgeführt werden können. Deutlich wird aber, dass für die chemische und pharmazeutische Industrie vor allem solche Faktoren wichtig sind, die mit öffentlicher Akzeptanz, Umfeldkonflikten sowie Planungsprozessen und der Anwendung behördlicher Regelungen zu tun haben. Das Nahrungsmittelgewerbe ist eher kleinbetrieblich strukturiert und viele Betriebe befinden sich in Mischgebieten; für sie sind das Wohnraumangebot in Betriebsnähe sowie das Angebot an Lehrstellenbewerbern und ungelernten Arbeitskräften vorrangig. Für das intern besonders heterogene Branchenaggregat Metall-/Elektroindustrie und Fahrzeugbau spielen hingegen (Fach-)Hochschulabsolventen sowie Facharbeiter eine wichtigere Rolle.

## GEWERBEFLÄCHEN

Das Gewerbeflächenkataster weist 51 Gewerbe- und Industriegebiete mit einer Gesamtfläche von etwas über 2 000 ha aus. 90% davon können als angemessen genutzt gelten. Der Bedarf an Lager- und Produktionsflächen ist in den letzten Jahren zugunsten von Verkaufs-, Büro- und Dienstleistungsflächen zurückgegangen.

Die infrastrukturelle Anbindung sowie die qualitative Ausstattung der Gewerbegebiete wird – von einzelnen Standorten abgesehen – als zufriedenstellend beurteilt; nur in Mischgebieten, in denen immerhin 50% der befragten Betriebe liegen, stellt sich die Situation z.T. anders dar. Der Frankfurter Flughafen und die hervorragende multimodale Erreichbarkeit gelten als herausragende Standortvorteile, aber auch Faktoren wie die Ver- und Entsorgungsleistungen geben kaum Anlass zu Kritik. Angesichts der zunehmenden Nutzung der Flächen als Verkaufs- und Büroräume sind im Bereich der klassischen industriellen Infrastruktur auch zukünftig kaum Engpässe zu erwarten; vielmehr gewinnt die Ausstattung mit Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur an Bedeutung.

Demgegenüber sind hohe Standortkosten, fehlende Flächenverfügbarkeit, Planungsunsicherheiten und in einigen Fällen

auch Umfeldkonflikte für die Frankfurter Industrieunternehmen die wichtigsten Probleme und Investitionshemmnisse.

Bereits wenige Zahlen zeigen, dass die quantitative Dimension der Flächen nachfrage nur sehr schwer einzuschätzen ist. Mehr als ein Drittel aller Betriebe denkt über eine Vergrößerung nach, zu etwa gleichen Teilen innerhalb oder außerhalb betriebseigener Flächen; in traditionellen Gewerbegebieten (Typ I) sind es 48%, in Mischgebieten hingegen (Typ III und IV) nur 34%. Während in den Gewerbegebieten allerdings 65% der Betriebe über zusätzliche eigene Flächen verfügen oder welche zukaufen könnten, sind es in Mischgebieten nur 24%. Die tatsächliche Nachfrage hängt aber stark von Lage, Größe und Zuschnitt der Flächen sowie davon ab, wie viele Betriebe unter welchen Umständen zu einer Betriebsverlagerung anstatt einer Erweiterung am Standort bereit wären. Immerhin hat fast ein Drittel aller Unternehmen in den letzten Jahren über eine Verlagerung nachgedacht. 9% halten an diesem Vorhaben noch immer fest.

Planungsunsicherheiten wurden durch die lang anhaltende Diskussion um die Zukunft des Osthafens insbesondere in größeren Gewerbegebieten verstärkt. Sie beziehen sich sowohl auf mögliche Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Allgemeinen wie auch auf die Flächenkonkurrenz mit der Wohnnutzung im Besonderen. Am stärksten davon betroffen ist die Chemie- und Pharmabranche. Umfeldkonflikte spielen hingegen eine eher untergeordnete Rolle.

Insgesamt kam in den Befragungen das Bedürfnis nach einem strategischen Flächenmanagement klar zum Ausdruck, welches – unter aktiver Beteiligung der Betriebe – Maßnahmen für eine höhere Akzeptanz der Industrie, die Moderation von Nutzungs- und Umfeldkonflikten sowie eine bessere regionale Kooperation mit einschließt.

## NETZWERK INDUSTRIE

- | Die Netzwerkanalyse stützt die These, dass Industrie-Dienstleistungsverbände auch unter den Rahmenbedingungen fortschreitender Globalisierung regional organisiert sind: 50% der für die Industrie wichtigsten Dienstleister haben ihren Sitz in der Stadt Frankfurt und weitere 30% in der Region Rhein-Main. Allerdings werden dabei oft einfache, potenziell substituierbare Leistungen bezogen, die aus arbeitsmarktpolitischer Sicht zwar wichtig sind, aber nur bedingt auf Verbundproduktion im Sinn hybrider Wertschöpfung hindeuten.
- | Auch bei den Zulieferern und Abnehmern liegt der Anteil regionaler Beziehungen mit 48 bzw. 62% relativ hoch. Dabei werden die Beziehungen zu Abnehmern im Vergleich zu Zuliefer- und Dienstleisterbeziehungen insgesamt als kritischer eingestuft.
- | Der Branchenvergleich zeigt, dass die Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie stark in transnationale Unternehmensnetzwerke eingebunden sind: 71% der wichtigsten Zulieferer und 64% der Abnehmer haben ihren Sitz außerhalb Deutschlands. Nur bei den technischen Anlagen spielt aufgrund der Qualitätsanforderungen der europäische Raum eine besondere Rolle. In Bezug auf die Dienstleister ergibt sich allerdings ein völlig anderes Bild – 70% stammen direkt aus Frankfurt. Dieses Beispiel macht in besonderer Weise deutlich, dass eine kommunale Industriepolitik, die für Clusterstrukturen sensibilisiert ist, lokale und überregionale Verflechtungen zugleich im Blick haben muss.
- | Das Nahrungsmittelgewerbe ist vor allem regional verankert, wobei große Unterschiede zwischen Abnehmern und Zulieferern bestehen: 77% der Abnehmer, aber nur 9% der Zulieferer kommen aus der Stadt Frankfurt. Dafür ist weniger die Verderblichkeit der Waren verantwortlich, als vielmehr die kleinbetriebliche Struktur und die zunehmende Präferenz der Kunden für regionale Produkte.

- | Die Metall-/Elektroindustrie und der Fahrzeugbau nehmen eine Zwischenstellung ein: Die Zuliefer- und Abnehmerbeziehungen sind weniger global als in der chemischen und pharmazeutischen Industrie, aber weitaus stärker auf ganz Deutschland verteilt als im Nahrungsmittelgewerbe. Der Anteil der lokal und regional bezogenen Dienstleistungen ist hier am geringsten.

## WERTSCHÖPFUNGSKETTEN

- | Die Einbindung in Wertschöpfungsketten spielt für die Frankfurter Unternehmen eine wichtige Rolle: Auf einer Skala von 1 (trifft nicht zu) bis 7 (trifft voll zu) erhält die enge Abstimmung mit Zulieferern und Abnehmern den Wert 5,5. Den Abnehmern wird dabei im Vergleich zu den Zulieferern wesentlich größeres Gewicht beigemessen (6,3), was auch mit der Individualisierung der Produktion und dem damit verbundenen Koordinationsaufwand zusammenhängt. Mit weiter entfernten Kettengliedern ist die Abstimmung deutlich weniger eng (3,5).
- | Diese Ketten werden als weitgehend stabil eingeschätzt und sind nur von einer moderaten Globalisierungsdynamik betroffen: Auf einer Skala von 1 (keine Veränderung) bis 7 (große Veränderung) bewerten die Unternehmen die Erwartung, dass neue Unternehmen in ihre Ketten eintreten oder bisherige Betriebe herausfallen, lediglich mit dem Wert 3,6. Dies resultiert nicht zuletzt daraus, dass ein erheblicher Teil der vor- und nachgelagerten Kettenglieder aus Deutschland und damit aus einem als vertraut und verlässlich eingeschätzten Umfeld kommt. Frankfurt verliert als Standort von Zulieferern und Abnehmern zwar an Bedeutung, aber die Unternehmen erwarten, dass auch im Jahr 2017 noch etwa 70% der wichtigsten Zulieferer und Abnehmer ihren Sitz in der Bundesrepublik und nicht im Ausland haben werden.
- | Betriebliche Entwicklungsstrategien konzentrieren sich trotz der hohen Bedeutung der Abstimmung mit Zulieferern und Abnehmern kaum auf die Optimierung der Wertschöpfungsketten (z.B. Reorganisation, neue Formen der Kooperation, Steuerungsinstrumente). Zudem bestätigt es sich, dass ein echtes *Supply Chain Management* die Domäne weniger großer Betriebe ist. Stattdessen dominieren allgemarktorientierte Strategien wie die Konzentration auf die Qualität der Produkte, die ständige Verbesserung der Liefertreue und -geschwindigkeit sowie die flexiblere Anpassung der Erzeugnisse an Kundenwünsche. Die eigenen Wertschöpfungsketten werden also zwar als „eng“ (intensive Abstimmung), aber nicht als „kritischer Faktor“ für den Erfolg am Markt angesehen.
- | Die eigene Position verorten 70% der Unternehmen am unteren Ende ihrer Wertschöpfungsketten im Bereich der Endproduktion und -montage. Eine für die Zukunft geplante Anpassung dieser Position stellt den dynamischsten Prozess innerhalb des Bereichs Wertschöpfungsketten dar: Die Hälfte aller Betriebe beabsichtigt, in den nächsten fünf Jah-

ren das eigene Wertschöpfungsspektrum nach unten oder nach oben zu erweitern und 40% der Unternehmen wollen zukünftig verstärkt Dienstleistungen anbieten.

## HANDLUNGSFELDER

- | Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten selbst von sehr stark global orientierten Branchen wie der Chemie- und Pharmaindustrie keinesfalls als belanglos eingestuft werden. Sie verdeutlichen auch, dass die Flächennutzungsplanung zwar ein zentrales, aber bei weitem nicht das einzige Interventionsfeld ist. Fünf Handlungsfelder für eine städtische Industriepolitik lassen sich identifizieren.
- | Im Handlungsfeld „Gewerbeflächen und Infrastruktur“ stellen die hohen Flächenkosten einen ersten Ansatzpunkt dar, der in einem marktwirtschaftlichen Umfeld allerdings nur in begrenztem Umfang beeinflussbar ist. Ein zweiter wichtiger Ansatzpunkt ist das verbreitete Gefühl, aufgrund möglicher Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen oder einer geänderten Flächennutzungsplanung nicht über einen ausreichend stabilen zeitlichen Horizont für Investitionen zu verfügen. Drittens schließlich bietet ein integriertes Gewerbeflächenmanagement eine Möglichkeit, nicht nur qualitative und quantitative Flächenengpässe zu adressieren, sondern auch Vermittlungsmechanismen und die institutionalisierte Moderation von Nutzungskonflikten zu gewährleisten. Ein besonderes Potenzial in diesem Handlungsfeld kommt dem Projekt „nachhaltiges Gewerbegebiet“ zu.
- | Im Handlungsfeld „städtische Identität und Kommunikation“ steht das Ziel im Vordergrund, den industriellen Charakter Frankfurts stärker in den Vordergrund zu rücken, besser in der Stadtgesellschaft zu verankern und zu einem integralen Bestandteil der Außenkommunikation zu machen. Diese Erweiterung der städtischen Identität ist einerseits die Voraussetzung für eine höhere Akzeptanz durch die Bevölkerung, welche sich mittelfristig sowohl auf die Attraktivität von Arbeitsplätzen in der Industrie wie auch auf Umfeldkonflikte positiv auswirkt. Sie schafft andererseits die Grundlage dafür, politische und stadtplanerische Unterstützung für ein stärker industrieorientiertes regionalökonomisches Entwicklungsleitbild zu mobilisieren.
- | Das Handlungsfeld „Arbeitsmarkt und Beschäftigung“ bezieht sich zu einem nicht unerheblichen Teil auf Standortcharakteristika, welche im Rahmen einer kommunalen Industriepolitik zwar beeinflussbar sind, aber weit darüber hinausgehen. Dies trifft insbesondere auf die Wohnungssituation, die Wohnumfeldbedingungen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu. Daneben geht es hier aber auch darum, auf die Spezifika der Arbeitsmarktsituation Frankfurts wie beispielsweise den hohen Anteil von Arbeitskräften mit Migrationshintergrund zu reagieren sowie die Schnittstelle zwischen Bildung/Ausbildung und Beruf noch stärker in Bezug auf Arbeitsplätze im verarbeitenden

Gewerbe in den Blick zu nehmen. Angesichts der weiter fortschreitenden Digitalisierung und einer zunehmend wissensintensiven Produktion, die mit einem schnellen Wandel von Berufsbildern einhergehen, steigen die Anforderungen an passgenaue Weiterbildungsangebote.

- | Das Handlungsfeld „Stadtverwaltung und rechtliche Rahmenbedingungen“ wird von größeren Unternehmen stärker in den Vordergrund gerückt als von kleinen. Es beinhaltet die politische Grundsatzentscheidung über die Höhe der Gewerbesteuer, bei der die Wirkung auf Unternehmen einerseits und auf den städtischen Haushalt andererseits gegeneinander abgewogen werden müssen. Daneben bezieht es sich auf eine Revision kommunaler Regelungen und behördlicher Verfahrensweisen in spezifischen inhaltlichen Bereichen, welche das verarbeitende Gewerbe besonders betreffen. Ebenfalls in diesem Handlungsfeld angesiedelt ist der Wunsch nach früherer Partizipation an Planungsverfahren, der Moderation von Konflikten und generell einer höheren Transparenz. Letztere betrifft behördliche ebenso wie politische Entscheidungsprozesse, welche für die Unternehmen oft nicht nachvollziehbar sind oder von denen sie sich überrascht sehen.
- | Das Handlungsfeld „Wissenschaft und Forschung“ ist insbesondere ein Anliegen kleinerer Unternehmen, die über keine eigenen Forschungsabteilungen verfügen und deshalb stark auf Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen angewiesen sind. Im Vordergrund stehen hier niedrigschwellige Veranstaltungsformate und die Institutionalisierung eines Dialoges zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Beides stellt die Grundlage für die Identifikation von Kooperationspotenzialen dar, welche aus Sicht der Befragten bislang nicht ausreichend genutzt werden.